

Stand: 28.04.2026 07:22:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9668

"Elektronischen Rechtsverkehr bei Gerichten beschleunigen – Anforderungen an Zustellungen vereinheitlichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9668 vom 26.01.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11284 des VF vom 12.02.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11464 vom 15.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU

Elektronischen Rechtsverkehr bei Gerichten beschleunigen – Anforderungen an Zustellungen vereinheitlichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass auch bei elektronischer Zustellung eines elektronischen Dokuments auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 173 Abs. 2 Zivilprozessordnung (ZPO) eine Zustellungsfiktion in § 173 Abs. 3 ZPO normiert wird.

Begründung:

Die Zustellung von elektronischen Dokumenten auf einem sicheren Übermittlungsweg in zivilrechtlichen Streitigkeiten ist gemäß § 173 Abs. 1 ZPO nur elektronisch möglich. Das elektronisch zurückgesandte Empfangsbekenntnis erbringt nach Maßgabe der §§ 371a Abs. 1, 416 ZPO den Beweis für die Entgegennahme sowie auch für den Zeitpunkt des Empfangs des Schriftstücks. Entscheidend ist dabei das vom Empfänger eingetragene Zustelldatum und gerade nicht der Eingang im Postfach des jeweiligen Empfängers. In einigen Fällen führt dies zu einer nicht unerheblichen Verzögerung von Fristen beispielsweise zur Einlegung oder Begründung eines Rechtsmittels. Eine Zustellungsfiktion gilt bereits für andere am Verfahren Beteiligte gemäß § 173 Abs. 4 S. 4 ZPO. Durch das Normieren einer Zustellungsfiktion könnten die Verfahren in diesen Fällen erheblich beschleunigt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU
Drs. 19/9668**

**Elektronischen Rechtsverkehr bei Gerichten beschleunigen – Anforderungen an
Zustellungen vereinheitlichen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Martin Scharf**
Mitberichterstatter: **Horst Arnold**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 12. Februar 2026 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU

Drs. 19/9668, 19/11284

Elektronischen Rechtsverkehr bei Gerichten beschleunigen – Anforderungen an Zustellungen vereinheitlichen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass auch bei elektronischer Zustellung eines elektronischen Dokuments auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 173 Abs. 2 Zivilprozessordnung (ZPO) eine Zustellungsfiktion in § 173 Abs. 3 ZPO normiert wird.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident